

**Kommentar**

Von Alexander Zens



**Politik, die**

Nur im Duden ist die Politik weiblich. Im politischen Geschäft sind Frauen unterrepräsentiert. Männer haben in Österreich rund zwei Drittel der Abgeordneten- und Regierungsstellen, obwohl gut die Hälfte der Bevölkerung Frauen sind. Krass ist der sehr niedrige Frauenanteil bei den Bürgermeisterinnen. Und wenig

**Frauen fehlen Verbindungen und Ellbogentechnik**

sichtbar, aber wichtig: In Kabinetten, die etwa Ministern zuarbeiten, dominieren meist Männer. Zwar ist der Frauenanteil zuletzt leicht gestiegen. Und es gibt Beispiele, dass sich die Geburt eines Kindes und ein politisches Amt vereinbaren lassen. Dennoch: Das ist ein langwieriger Prozess. Es geht nicht nur um Intelligenz, Führungsqualität und strategisches Denken. Im schmutzigen politischen Geschäft muss man auch die Ellbogentechnik beherrschen. Außerdem profitieren viele Männer von schwarzen und blauen Studenten- und Mittelschulverbindungen oder roten Gewerkschaftsnetzwerken. Den Ellbogen können Frauen trainieren, wenn sie das wollen. Fehlende Verbindungen werden immer ein Nachteil sein.

a.zens@nachrichten.at

**Überblick**

**Pilz öffnet Tür für Grüne**

WIEN. Man müsse darüber reden, „was uns nach wie vor verbindet und was wir gemeinsam machen können.“ Vorerst inhaltlich hält der Gründer der Liste Jetzt, Peter Pilz, „die Tür zu den Grünen offen“. Gleichzeitig attestiert Pilz seiner Ex-Partei, noch keine Neuaufstellung nach dem Wahlergebnis 2017 gewagt zu haben.

# Frauen in Österreichs Spitzenpolitik: Sie halten rund ein Drittel der Posten

Anteil in Bund und Ländern seit 2017 leicht gestiegen – Sehr wenige Bürgermeisterinnen

WIEN. Die Spitzenpolitik in Österreich ist männerdominiert – auch wenn sich der Anteil der weiblichen Politiker zuletzt etwas erhöht hat. Im EU-weiten Vergleich liegt Österreich auf Bundesebene über dem Durchschnitt, auf Landesebene genau im Mittel bzw. leicht darunter (siehe Grafik).

Das geht aus Unterlagen von Werner Zögernitz hervor, der früher ÖVP-Klubdirektor war und jetzt das Institut für Parlamentarismus und Demokratieforschung leitet. Die Daten wurden gestern, Sonntag, kurz vor dem Weltfrauentag am 8. März veröffentlicht.

Der Anteil der Frauen in Österreichs Nationalrat beträgt aktuell 37 Prozent. Vor einem Jahr waren es 35,5 Prozent, im Jahr 2017 rund 31 Prozent. Beim Anteil der Politikerinnen in der Bundesregierung gab es seit 2017 einen Anstieg von etwa 31 auf 36 Prozent.

Ranghöchste im Parlament ist Doris Bures (SPÖ) als Zweite Nationalratspräsidentin. Umwelt- und Agrarministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) hat im Vorjahr ein Kind bekommen und eine sechswöchige Auszeit genommen.

**Neos vor SPÖ und Liste Jetzt**

Den höchsten Frauenanteil im Parlament haben die Neos mit 50 Prozent vor der SPÖ (48 Prozent) und der Liste Jetzt (43 Prozent). Die größte Fraktion, die ÖVP, hat einen Frauenanteil von 36 Prozent. Bei der FPÖ sind es 24 Prozent.

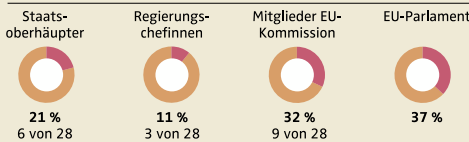
Die Oppositionsparteien werden derzeit sogar alle von Frauen geführt: Pamela Rendi-Wagner (SPÖ), Beate Meisl-Reisinger (Neos), Maria Stern (Liste Jetzt).

In den neun Landtagen stagnierte der Frauenanteil in den vergangenen zwei Jahren bei 32 Prozent, in den Landesregierungen stieg er um etwa drei Prozentpunkte auf 36 Prozent. Zu Letzterem hat der



Zwei Frauen, die es karriere technisch geschafft haben: Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (l.), Ministerin Elisabeth Köstinger. Foto: APA

**EU – FRAUENANTEIL IN DER POLITIK**



**Anteil der Frauen in nationalen politischen Institutionen, jeweils höchster und tiefster Wert**

Regierungsmitglieder	61 %	36 %	31 %	7 %
Nationale Parlamente	ESP	ÖST	EU	HUN
Regionalversammlungen (Landtage etc.)	46 %	37 %	28 %	12 %
Regionalregierungen (Landesregierungen etc.)	SWE	ÖST	EU	MLT
Bürgermeisterinnen	47 %	33 %	32 %	12 %
	SWE	EU	ÖST	HUN
	52 %	36 %	36 %	17 %
	FRA	ÖST	EU	GRE
	37 %	15 %	8 %	4 %
	SWE	EU	ÖST	TCH

Grafik: © APA, Quelle: APA/Zögernitz, Inst. für Parlamentarismus und Demokratieforschung

Einzug von Christine Haberlander (ÖVP) in die oberösterreichische Landesregierung beigetragen. Sie ist mittlerweile nicht nur Gesundheits- und Bildungsreferentin, sondern auch Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Sehr gering ist der Frauenanteil bei den Bürgermeisterinnen. Nur acht Prozent sind in Österreich weiblich, EU-weit sind es 15 Prozent. In Niederösterreich ist der Anteil mit 11,5 Prozent am höchsten, in Salzburg (4,2 Prozent) am geringsten.

**Frauen in Aufsichtsräten jünger**

Die Arbeiterkammer hat anlässlich des Frauentages erhoben, was die gesetzliche Frauenquotenpflicht in den Aufsichtsräten großer und börsennotierter Unternehmen gebracht hat.

Auffallend ist, dass die weiblichen Aufsichtsratsmitglieder im Schnitt deutlich jünger sind als ihre männlichen Kollegen. Der Anteil der unter 40-Jährigen etwa ist bei Frauen mit 13,2 Prozent doppelt so hoch wie bei Männern.



**Der Frauentag im OÖN-Forum**

Vorträge, Seminare, Diskussionen und Infostände: Am Freitag, 8. März, findet von 9.30 bis 18.30 Uhr der OÖN-Frauentag mit hochkarätigen Gästen im OÖN-Forum in den Promenaden Galerien in Linz statt. Mehr dazu auf [nachrichten.at/frauentag](http://nachrichten.at/frauentag)

**SP-Chefin: Schelte für Doskozil und Dornauer**

INNSBRUCK. Bevor Georg Dornauer von 85 Prozent der Delegierten zum neuen Landesvorsitzenden gekürt wurde, gab es am Samstag beim Parteitag der Tiroler SPÖ einige harte Worte. Denn Bundesparteichefin Pamela Rendi-Wagner, die nach ursprünglicher Absage doch gekommen war, nutzte ihre Rede für innerparteiliche Kritik.

Hauptziel war der neue burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, weil dieser sich für ein erweitertes Modell einer Sicherungshaft ausgesprochen hatte. Der „Schutz der Grund- und Freiheitsrechte“ sei in der SPÖ unverrückbar, warf Rendi-Wagner Doskozil einen Anstoß vor, der „nicht hilfreich war“.

Dornauer, der nach einer sexistischen Aussage über eine Landesrätin in Bedrängnis geraten war, stand auch im Fokus. Rendi-Wagner kritisierte, dass Dornauer öffentlich auf Aufnahme in die SP-Bundesgremien pocht, verwerfe ihm diese und appellierte an die Geschlossenheit der Genossen.

**Edtstadler: Sicherungshaft mit Richter**

Staatssekretärin lehnt Ansprüche von Innenminister Kickl ab

WIEN. Der Wunsch von Innenminister Herbert Kickl (FP), den Beamten seiner Fremdenbehörde die gesetzliche Handhabe einzuräumen, um über gefährliche Asylwerber eine Sicherungshaft zu verhängen, stößt auch im eigenen Ressort auf Ablehnung. Innen-Staatssekretärin Karoline Edtstadler (VP) stellte am Sonntag in der ORF-„Pressestunde“ fest, dass eine derartige Haft „ganz klar ein Richter verhängen muss“.

Der von der FPÖ ins Spiel gebrachte Rechtsschutzbeauftragte könne „als Plus“ dazukommen, aber nicht den Richter ersetzen. Die Sicherungshaft selbst entspreche der EU-Aufnahmerrichtlinie und werde bereits in 20 Mitgliedsländern umgesetzt. Sie sei ein Lückenschluss, um besonders gewaltbereite Personen und solche, die mit Drogenmissbrauch zu tun hätten, im Verlauf des Asylverfahrens „mit zeitlicher Begrenzung“ in Haft nehmen zu können, sagte Edtstadler. Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP) und Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FP) kündigten für die nächsten Tage ein Treffen mit Kickl, Edtstadler und Justizminister Josef Moser (VP) an. Ziel sei die Vorlage eines Gesetzesentwurfs für eine Sicherungshaft, in der „die konkreten Verdachtsmomente, die Straftatbestände und die richterliche Kontrolle“ klar definiert würden, sagte Kurz.



Blau-schwarzes Duo im Innenressort: Kickl und Edtstadler. Foto: APA

**Politischen Islam beobachten**

Die im Auftrag des Parlaments von Ifes vorgelegte Studie zum Antisemitismus in Österreich will die Regierung ebenfalls für eine Initia-

tive zum Anlass nehmen. Vor allem in der türkisch- und arabischstämmigen Bevölkerung wurde etwa eine signifikant höhere Judenfeindlichkeit festgestellt. Die Regierung will deshalb ähnlich dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands eine Dokumentationsstelle für den politischen Islam einrichten. Die gezielte Beobachtung sei notwendig, um „unsere freie Gesellschaft vor dem politischen Islam und seinen Auswüchsen wie dem Antisemitismus zu schützen“, sagte Kurz. (luc)

**Land kauft Haus für Betreuung von Behinderten**

LINZ. Bis 2021 werden in Oberösterreich 400 zusätzliche Wohnplätze für Menschen mit Beeinträchtigung geschaffen. Darauf haben sich Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) und Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer (SP) im Vorjahr geeinigt.

Heute, Montag, beschließt das Land, dass es erstmals selbst ein Gebäude kauft, um darin Plätze für Behinderte einzurichten. Es ist ein Wohnhaus in Andorf, das das Land um 280.000 Euro von einem Privatbesitzer erwirbt. Die Caritas wird dort sechs Personen betreuen.

Das Versprechen, Menschen mit Beeinträchtigung ausreichend Chancen zu geben, werde mit dem Ausbauprogramm eingelöst, sagt Stelzer. Bei der neuen Variante mit dem Land als Eigentümer werde sichergestellt, dass ein Haus weiter für solche Zwecke verwendet werde, falls der Betreibervertrag beendet werden sollte. Beschlossen wird der Kauf im Beirat der Landesimmobilien-Gesellschaft, in dem Landesregierungsmitglieder und Landesamtsdirektor sitzen. (az)